

Ciüberer Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Ciüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (sonst an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Postträger monatlich 3.60, monatlich 1.20 zu-

Redaktion und Geschäftsführer
Johannisstraße Nr. 46
Telefonische Nr. 926

Die Umsatzgebühre beträgt für die geschäftspflichtige Zeitung über 60 Dlg. — Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungssachen 50 Dlg. ausdrückliche Anzeigen 60 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 64.

Montag, den 17. März 1919.

26. Jahrg.

Die Vornahme des Kohlenbewirtschaftungsgesetzes.

Ein Schritt zum praktischen Sozialismus.

Das Sozialisierungsgesetz ist angenommen. Damit ist der Grundstein zum Aufbau des sozialistischen Staates gelegt. Das dieser fortsetzen wird, daran wird auch die Opposition der Unentwegten nichts ändern, die gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben.

Doch auch für uns des Werk noch nicht abgeschlossen ist, bedarf keiner Frage. Aber schon das zugleich erledigte Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft schafft einen Teil des Bildes, für das im Sozialisierungsgesetz der Rahmen gespannt ist. Wir greifen mit diesem Gesetz und mit seinem Gegenstand in die Bewirtschaftung des Ursstoffes, der wesentlichsten Voraussetzung unserer gesamten Industrie ein.

Mit der Verstaatlichung der schon bestehenden Interessengemeinschaft, insbesondere des Rheinisch-Westfälischen Kohlenkonzerns, ist die Überführung des Produktionszwanges der Kohlenindustrie in die Gemeinwirtschaft noch nicht erreicht. Wohl aber wird sie bereits wesentlich gefördert durch die Stellung von Betriebsräten in den einzelnen Betrieben, die den Übergriffen privater Unternehmer gegen den Kohlenrat nachdrücklich vorbeugen.

Die Organisation der Kohlenbewirtschaftung entspricht — abgesehen von der Demokratisierung des Syndikatsbetriebes — im Wesentlichen der des Rheinisch-Westfälischen Kohlenkonzerns. Auch hier wurden bereits die Ziffern für Beteiligung an der Förderung, Selbstverbrauch und Absatz für die einzelnen Werke festgesetzt, ebenso wie die Preise normiert wurden. Nur ist die Organisation jetzt auf das ganze Reich hin ausgedehnt und der unmittelbaren Kontrolle eines Sachverständigenrates unterstellt, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reichsregierung gleiches Stimmrecht haben. Diese Maßnahme gewährleistet die Überführung der privatwirtschaftlichen Interessen, die jetzt noch für den gesamten Kohlenbergbau geltend gemacht werden können, in den Interessenkreis unserer gefestigten Volkswirtschaft. Sie verhindert vor allem, daß die rücksichtslose Preispolitik ohne jede Kontrolle seitens der Verbraucher etwa in der Weise sich durchsetzen kann, wie es bei der Schwerindustrie während des Krieges gegen die Regierung tatsächlich erfolgt ist.

Bei der vielfach auftretenden Sucht, die langsame steigende Durchsetzung des Sozialismus im Staate als Konzession an den Kapitalismus darzustellen, mögen einige Zahlen beleuchten, wie tief die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in unser gesamtes Wirtschaftsleben eingreift. Die Kohle ist in der Tat die Nährmutter unserer gesamten Industrie. Kennt man noch um das Jahr 1800 — also vor der Entwicklung der mechanischen Industrie — eine Weltproduktion an Kohle von 12 Millionen Tonnen berechnen, so hat sich diese Ziffer im Jahre 1913 auf das Hundertfache gesteigert. Die deutsche Produktion an Steinkohlen, die sich 1860 auf 12,34 Millionen Tonnen beaufsichtigte, ist bis 1913 auf 190 Millionen Tonnen gestiegen. Nichts kann die Industrialisierung, die Mechanisierung unserer gesamten Produktion besser kennzeichnen als diese Zahlen. Wir haben mit der Überführung der Kohle in die Gemeinwirtschaft tatsächlich dem Kapitalismus den Boden abgegraben, auf dem er sich aufzuteile. So versteht sich das Wehgeschrei der äußersten Rechten recht wohl, die es genau gelpunkt hat, daß die erste sozialistische Tat nur der Vorboten für weitere Eingriffe in die Privatwirtschaft überall da ist, wo sie den Gemeinteressen zuwiderläuft.

Wir verstehen dabei keineswegs, daß mit der Gemeinwirtschaft der Kohle die Verantwortung des privaten Kapitals für die Förderung auf die Gemeinwirtschaft übergegangen ist. Der Streit, im kapitalistischen Betriebe eine Kampfmethode, wird im verstaatlichten Betriebe zum Verbrechen. Das hat man selbst in Russland erkannt, wo auf Arbeitschau schwere Strafen gezeigt sind. Doppelt gilt das jetzt für die verstaatlichten Kohlenbetriebe. Ein Streit würde mehr als je die Arbeiter am eigenen Leib treffen. Er würde beweisen, daß der sozialistisch organisierte Betrieb nicht von den Reibungen frei ist, die dem kapitalistischen Betrieb in letzter Zeit das Leben so leicht verleidet haben, würde die Rentabilität und damit den Gewinnanteil der Arbeiter einschränken. Endlich würde er bei der ungeheuren Bedeutung, die die Kohle für alle anderen Gemeinwesen hat, das arbeitende Proletariat der anderen Gewerbezweige auf das schwerste treffen.

Dieser Verantwortung sollte sich ein jeder Arbeiter, der am sozialistischen Staat mitwirken will, voll und ganz bewußt sein. Ein Versagen desjenigen Gewerbezweiges, der meist der Gemeinwirtschaft übergeben wurde, würde die Spalte gegen den Sozialismus selbst richten. Und mancher, der heute noch den Kampfen langer Jahre gehörte die Entwicklungsbahn für den sozialistischen Gedanken endlich frei vor sich liegen sieht, würde in kurzen sich von ihm abschwören, wenn der Erfolg ausbleibt.

Und wir stehen erst am Anfang! Die Richtlinien, unter denen die Gemeinwirtschaft der Kohle in die Wege geleitet werden soll, sind noch nicht so fest umrissen, daß man heute schon prophezeien kann, wann der privatkapitalistische Apparat in dem Gemeinbetrieb restlos aufgehen wird. Die erste Arbeit des Reichskohlenamtes wird die Gestaltung eines Produktions- und Verteilungsprogramms sein. Dabei bei den Kohlenhandel ganz zu übergehen, ist nicht beabsichtigt. Er wird sich aber auf den gemeinwirtschaftlichen Betrieb einrichten müssen. Wenn die Förderungs- und Verteilungsfrage geregelt ist, ergeben sich die Arbeitsziele, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der Sozialisierung zu ihrer vollen Geltung bringen sollen. Die erste Forderung ist hier: Verbilligung der Produktion. Sie muß durchgeführt werden, ohne die Existenzbedingungen der Arbeiter herabzumindern. Aber wir brauchen billige Kohle sowohl für das Ausland als Gegenleistung für die zu liefernden Lebensmittel wie auch für die Inlandswirtschaft, der nach dem Krieg der Kriegsjahre überhaupt erst zum Wiedererwachen verholt werden soll. All diese Fragen, die in der Theorie uns lange genug beschäftigt haben, treten jetzt als praktische Forderungen vor uns hin in einer Zeit tiefer wirtschaftlicher Not des ganzen Reiches.

Aber wir werden sie lösen trotz der Miezmacherei derjenigen Diener des Kapitals, die es jetzt schon ankündigen, daß sie im Auslande lieber „freie Menschen“ als in Deutschland tätige Mitarbeiter am Gemeinwohl seien wollten. Wir sind so zuversichtlich, zu glauben, daß die Arbeiterschaft an der Schwelle des Erfolges, den sie lange Jahrzehnte herbeigeführt hat, nicht versagen wird. Denn es geht um das Ganze. Kein Mensch kann heute schon sagen, daß der Kapitalismus gebrochen ist. Die Haltung der Börse, die immer noch die Aktien der Montanwerke hoch über dem Parifikus bewertet, die Umtreibe des Großkapitals, das seine Gewinne verdoppelt oder verzehnfacht, um sie der Gemeinwirtschaft zu entziehen, all das läßt darauf schließen, daß es noch sehr viele gibt, die bei der Sozialisierung ein gutes Geschäft auf Kosten der Gesellschaft zu machen hoffen. Ihnen gilt es jetzt in zäher unaufhaltsamer Arbeit die Waffen zu entwinden. Die Lebensfähigkeit der Gemeinwirtschaft zu beweisen, die zwingende Macht der Gemeinwirtschaftsinteressen gegen alle Sonderinteressen durchzusetzen, das sind die nächsten Aufgaben.

Die Bahn ist frei — wenn es keine Genossen gibt, die unserer ferneren Arbeit in den Rücken fallen. Das muß jeden Befornten anstrengen, auch weiter an dem Werke mit der Sachlichkeit mitzuarbeiten, die sein Gedeihen verbürgt. Die Gemeinwirtschaftung des Kali steht bevor, die Fazette einer Sozialisierung der Schwerindustrie, dieser Riesendruckplatte des industriellen Kapitalismus, ist um einen Schritt näher gerückt.

Damit ist der Weg praktischer Arbeit für den Sozialismus beschritten. Sie zu leisten ist freilich etwas schwerer als radikale Phrasen brechen, mit denen man, nach Hauses Wort, überhaupt keine Politik machen, geklugegt deinen eine in vierhundertjährigem Wachstum gewordene Wirtschaftsordnung über Nacht in eine ganze andere verwandeln kann. Die Reorganisation der Volkswirtschaft ist auch in ihrem schrittweisen Fortschreiten ein Werk von wahrhaft revolutionärer Tragweite. Sein Erfolgen erfordert die tatkräftige Mitarbeit der Massen, die sich durch nichts von ihren großen Zielen ablenken lassen mögen. Mit leerer Wortegebung aber schafft man keine neue Welt!

Das Lebensmittelabkommen

Ist in Brüssel unterzeichnet worden. Die Entente hat zugesagt, nach Deutschland sofort 200000 Tonnen Weizen und 70000 Tonnen Schweinespeck und Schmalz zu liefern. Ferner hat Deutschland das Recht erhalten, monatlich 300000 Tonnen Getreide und 70000 Tonnen Fett einzuführen. Bezüglich dieser Einfuhr läßt uns die Entente vollkommen freie Hand. Das hat einerseits den Vorteil, daß Deutschland nicht den teuren amerikanischen Weizen zu beziehen braucht, sondern ihn dort kaufen kann, wo es ihn am billigsten erhält, andererseits aber auch den Nachteil, daß — besonders mit Rücksicht auf die Ablieferung unserer ganzen Flotte an die Entente — diese Einfuhr durchaus nicht als vollkommen gesichert betrachtet werden kann.

Einige kann Deutschland von überall her beziehen. Der Fischfang in der Ostsee ist vollkommen freigegeben, die Einschränkung in der Nordsee bleibt vorläufig noch bestehen, wie überhaupt die Blockade als solche nicht aufgehoben wurde, sondern bloß durch die zugeduldigen Erleichterungen gemildert erscheint.

Die Einfuhr, die uns nunmehr gesichert ist, soll nach Absicht der Entente nur denjenigen Deutschen zugute kommen, die nicht etwa durch eigenen Verlust arbeitslos sind. Diese Verteilung wird durch eine Entente-Kommission, nicht aber, wie übereifrig Meldungen besagten, durch Truppen überwacht werden.

Die Zahlungen für die Lebensmittelieferungen erfolgen durch Berechnung des Frachtraumes, durch Dienst und Ausfuhr von Kohle, Kali usw. Zur Sicherung dieser Zahlungen muß Deutschland eine halbe Milliarde Mark in Gold in Brüssel deponieren.

Die deutschen Delegierten, die erklärt, daß die Kinder sterblich seit seit drei Monaten sich verdoppelt hätten, hatten um eine größere Menge kondensierter Milch gebeten. Die Delegierten der Entente erwiderten ihr Bedauern, daß die Schiffstransfrage eine größere Milchlieferung nicht gestatte.

30 000 Tonnen Schweinespeck und 250 000 Büchsen kondensierter Milch, die in Rotterdam zur Verladung bereitliegen, werden wahrscheinlich schon in dieser Woche nach Deutschland abgehen können.

Eine Bestimmung, die als heraus hart empfunden wird, ist die, daß die eingeführten Lebensmittel niemandem zugute kommen dürfen, der aus eigenem Verdienst arbeitslos ist.

Wer ist „aus eigenem Verdienst“ arbeitslos? Stets zu die berufsmäßigen Richter aller Einkommensklasse oder aber jeder Streikende? Wer entscheidet hier? Die Presse der Unabhängigen und Spartakisten wird sich beeilen, die deutschen Unterhändler zu unterstützen, daß die Bestimmung herbeigeführt hätten, um gewisse Schwierigkeiten im Lande zu verhindern zu können. Demgegenüber wird festgestellt, daß diese Bedingung bereits im denk von der Entente mitgebrachten Vertrag steht, wie ja die ganzen „Abmachungen“ nicht weiter darstellen, als das Diktat der Gegner. Es wird zu empfehlen, um allen Regenden den Boden zu entziehen, die entsprechenden Sieden aus dem voransichtlich in den nächsten Tagen eintreffenden Verhandlungsprotokoll wörtlich zu veröffentlichen. Der Grund für diese Bedingung ist offenbar, daß die Entente deutsche Gold für andere Zwecke reserviert wissen und die Beschaffung von Fabrikaten und anderen Waren zur Zahlungslieferung erzwingen will.

Um möglichst viel Nahrungsmittel zu bekommen, mußte an Deutschland möglichst viel exportieren, d. h. das deutsche Arbeiterheer möglichst reichlich produzieren.

Das ganze Abkommen ist alles andere eher als ein Erfolg. Die langen Mengen, die uns zugestellt werden müssen, zu kolossalen Preisen zu erwerben, dafür uns aber während dieser Zeit des Verfügungsrights über die deutsche Handelsflotte zu geben. Und wer weiß nach allem Vorangegangenen, wie die Entente sich die erzwungene Hergabe nachher zunutze machen wird?

Die Entente hat sich auch keineswegs etwa verpflichtet, unisonatisch 370 000 Tonnen Lebensmittel zu liefern, sondern es ist uns nur erlaubt, mit unserem Geld im Auslande zu kaufen. Ein dahingehendes Angebot über den Kauf von 100 000 Tonnen Getreide liegt von Argentinien schon vor. Ferner sind unsere Einf- und Ausfuhr während der Dauer des Abkommens auf außerordentliche Erhöhungen getrimpt.

Neuer erfährt über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, daß aus verwaltungstechnischer Sicht die ausgelieferte Tonnage unter die Alliierten verteilt werden wird. Da Italien schon im Begriff der österreichischen Schiff ist, wird es nur einen sehr kleinen Teil der deutschen Schiffe erhalten. Frankreich werden große Ozeandampfer zugewiesen werden. Den Rest der deutschen Tonnage werden zu gleichen Teilen Amerika und England erhalten. Die alliierte Wirtschaftskommission wird in Hamburg eingesetzt werden. Sie wird die Aufgabe haben, sich mit den Schiffsträgern und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen. Die Frachtgelder werden hauptsächlich nach dem Tarif des britischen Klubades berechnet werden.

Die Schiffe werden fast ganz britische, amerikanische und französische Benennungen erhalten. Schiffe, die für Truppentransporte gebraucht werden, dürfen keine deutsche Bezeichnung führen.

Einer Neutermeldung aufsicht erklärt der Lebensmittelkontrollor Roberts: Die Forderung, daß die Deutschen ihre Schiffe ausliefern müßten, wenn sie Nahrungsmittel erhalten wollen, behauptet nicht, daß sie Lebensmittel erhalten, bis zu eigenen Schiffen in der Lage sind, dieselben herbeizuholen, sondern daß die erste Bedingung für Hilfe der Alliierten ist, daß am Deutschland die Alliierten dabei unterstützt, England trifft dabei Bereitstellungen, um 100 000 Tonnen Kartoffeln nach Rostock zu liefern, die unter der Aufsicht von Militärbehörden nach Deutschland gebracht werden sollten, desgleichen würden jetzt aufcondensierte Milch geliefert.

Dem „Allgemeinen Handelsblad“ zufolge soll Anfang nächster Woche der Transport einer großen Menge kondensierter Milch und Speck von Rotterdam nach Deutschland beginnen. Ungefähr ein Drittel der gesamten Milch, die Deutschland zugewiesen wird, befindet sich schon in Rotterdam; desgleichen sind schon mehrere tausend Tonnen Speck ebenfalls aufgestapelt.

Über das Abkommen in Brüssel verlauten in Paris folgende Einzelheiten: Nachdem festgestellt wurde, daß Deutschland noch im Wert von Gold im Betrage von 520 Millionen Dollar ist, wurde bestimmt, daß dieser Betrag vollständig oder teilweise an die belgische Nationalbank in Brüssel ausgeliefert werden muss, als Deckung zur Zahlung der Lebensmittel. 25 Millionen sollen sofort, 275 Millionen in 10 Tagen übergetragen werden. Die Auslieferung der HandelsSchiffe, die in verschiedenen Häfen liegen, muß innerhalb 30 Tagen erfolgen. 9 Schiffe erfüllt Amerika sofort, bis zum April noch 7 andere, darunter der „Imperial“. Diese Schiffe erhalten amerikanische Bezeichnungen, die bereits in England liegen. Die deutschen Schiffe in Südamerika und in Holländisch-Indien werden mit deutscher Bezeichnung nach Europa kommen, aber unter alliiertem Flagge. Der deutsche Tarif in Amerika eine nicht garantierende Belastung.

wurde abgelehnt. Es wird ein Verbot der Ausfuhr für verschiedene Artikel aus Deutschland erfolgen, damit die geplante Industrie Frankreich keinen Wettbewerb ausgesetzt. Gegenwärtig sind in Rotterdam oder Antwerpen oder auf dem Wege dahin 250–800 000 Tonnen Lebensmittel, die baldigst gelöscht werden können.

Am 1. April bestimmt V. werken als Ausgangsort für eine Verprobungskunstaktion. Am Sonnabend wurde ein Boot über die Schiffs- und Bahntransporte nach dem Rhein erzeichnet.

Die Preußische Landesversammlung

Erhandelt am Sonnabend über den Entwurf der vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen. Der Deutschnationale H. ergreift die soziale Haltung des Bürgertums seit der Revolution, bedauerte die späte Einberufung der Versammlung und behauptete, dass die Mehrheit des Volkes nicht hinter der Regierung stehe. Deshalb hätte diese sich in ihrer allehenderischen Tätigkeit mehr Zurückhaltung ausüben müssen. Die Deutschnationalen hätten sich mit der Republik auseinandersetzen können, wenn ihnen niemand den monarchischen Gedanken rausen. Ministerpräsident Hirsch wies auf die Schulden der alten Parteien hin, die sich jeder Reform widersetzen und wies insbesondere den Antragsvorschlag gegen die Regierung wegen ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit zurück. Die Verordnungen zur Befreiung der Klassensparteien in den Gemeinden und Kreisen sei unbedingt notwendig gewesen. Auch Genossen H. wandte sich gegen den Deutschnationalen Redner und schmiedete die Schaus alte Ordnung in den Gemeindestagessälen, in denen Klasseneinteilungen ein Zusammensetzen mit den U- und S-Kästen unmöglich gewesen sei. Die Monarchie sei für alle Zeiten tot. In Freuden habe man nie gewusst, ob Königs oder Kaiserwalde beglichen habe. Nur das stand fest, dass man nach dem Willen nicht gefragt hat. Jetzt steht für Deutschland und Preußen die Demokratie unüberstülpbar fest, aber auch für Preußen sei es mit einer Vorherrschaft zu Ende. Ein Staatspräsident soll nicht gekonnt werden, denn nicht wieder ein einzelner seinen Willen gegen denjenigen des Volkes ausspielen kann. Der Demokrat will nun bemüht die Befreiung des Kommunalwahlrechtes durch Verordnung und trat für einen Staatspräsidenten ein. Dr. Rossefeld von den Unabhängigen erklärte: "Wir wollen aus auf den Boden des Rätschlags, wir streben die Diktatur des Proletariats, die den Sozialismus herbeiführen will. Aus den Händen der U- und S-Käste hat die heutige preußische Regierung wie die des Reiches ihr Mandat erhalten. Wenn sie glauben, jetzt durch die Nationalversammlung die Räte bestimmen zu können, so verfehlten Sie die tatsächliche Macht des Staates. Das Wort des Kaisers vom Schießen auf Vater und Mutter wird die Arbeiterschaft Wilhelm II. nie vergessen. Auch Röcke wird das von den Arbeitern nicht vergessen werden." Schliesslich wurde die Vorschrift an eine Kommission verwiesen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Verfassungsausschuss

Während auf Grund eines Beschlusses seines Unterausschusses die Beipräzung über Artikel 9 und 9a fort. Artikel 9 regelt die Zuständigkeit der Reichsregierung, während Artikel 9a die Gegenstände aufzählt, für welche des Reichs nur allgemeine Grundgesetze erfüllbar sind. Der Antrag des Unterausschusses hat in Art. 9 einige neue Punkte eingefügt, darunter auch die Abstimmung. Der Sozialdemokrat Dr. Quatke befürwortete einen Abänderungsantrag, der die einzelnen Gegenstände anders gruppiert, oder auch neue Gegenstände einzigt wie z. B. die Regelung der staatlichen Stellung der Religionsgemeinschaften. Auch das Bodenrecht soll eingefügt werden. Im Anschluss an diese Anträge entwickele sich eine längere staatsrechtliche Debatte, in deren Verlauf der Demokrat Dr. Wohl in Gemeinschaft mit dem Abg. Heinrich von der Deutschen U. einen Antrag stellte und befürwortete, nachdem im Eingang des Artikels gestanden sei. Die Zuständigkeit der Reichsregierung ist unbestimmt. Minister des Innern Dr. Braun begrüßte vom politischen Standpunkt aus jede Stärkung der Reichsregierung, aber es ist doch noch fraglich, in wieweit die Ausübungsfähigkeit der Regierung auf bestimmten Gebieten eine wirkliche Stärkung der Reichsregierung bedeute. Zur Ausübungsfähigkeit der Reichsregierung seien eigentlich nur die Gegenstände Staatsangehörigkeit, Abgaben und Münzwesen zu zählen. Regierungsvorsteher aus Bayern, Sachsen und Württemberg befürworteten den Antrag Abg. für den hingegen die Redner der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Abg. Heinrich von der deutschen Volkspartei waren. Nach langerer Geschäftsausordnungsdebatte wurde beschlossen, eine Abstimmung nicht vorzunehmen, sondern die Frage nochmals dem Unterausschuss zur Formulierung eines gemeinsamen Antrages zu übertragen.

Der Berliner Wirtschaft.

Gegen die Regierungstruppen in Berlin häufen sich die Feindseligkeiten, und zwar insbesondere wegen grundloser Worte bei Sperrungen, wegen Herausförderung von toten Soldaten, wegen prangierenden Kästchen der Offiziere und wegen Unterdrückungsmaßnahmen auch in Gegenwart, die bis dahin ganzweg gewesen sind.

Ein neues Spartakus-Blatt in Berlin greift auf das bestreite die Unabhängigen an, weil sie vor Röcke kapierten hätten. Das Blatt schließt sich mit dem Ruf: "Heraus mit den Unabhängigen aus den Räten!"

Die Freiheit veröffentlicht eine Tafel mit detaillierten Erfahrungen, die auf bloße Denunziation hin erzielt sein sollen. Die betreffenden Leute waren angeklagt, dass Regierungstruppen gefangen zu haben, wurden aber aus dem Gefängnis freigelassen. Die Aufstellung nach Polizei mit dem Namen Friedrichs und Hugo Engelmüller wurde als Belastungsmoment angeführt. Zwei Soldaten hatten hier gesiegt, an der Rückenlage teilnahmen. Die Freiheit veröffentlicht auch sonst die Anzahl der Grausamkeiten und Terroranschlägen der Regierungstruppen, genau so, wie diese dämonische Unschuldigungen die Rebellen ergeben.

Der Vorwärts" bejaht für jetzt ersten Mal seit Beginn des Krieges und letzter Niederlage im September mit den Regierungstruppen. Er gibt ohne weiteres zu, dass den Schenkenheiten auf Seiten des Panzergeschäfts auch schwere Gewalttätigkeiten auf Seiten der Regierungstruppen vorgefallen seien, wenn auch wohl zu bedenken sei, dass die Soldaten durch die Bedrohung aus jüngster Hinterhältigkeit dazu verleitet wurden.

Die Kämpfe zur Freiheit

Endet in freigesetzten führenden Persönlichkeiten, die von 20 aufgebrachten 327 unterjüngt werden. Es handelt sich um Offiziere und Offiziere der vorliegenden Spartakusverbände und der Roten Garde und Pioniertruppe. Es geht darum:

Statt eines unparteiischen Gerichts gehoben werden. Der einzige Richter ist ein Verwandter des Staatschefs. In einer öffentlichen Ratsversammlung wird wie es seit langem die Tradition bestimmt, die ja auch unter dem letzten Kaiser noch des ganzen Volkes erfolgte – jedenfalls keinen Prozess mehr. Dabei soll dann keiner auch nicht erlaubt, dass zur Freiheit selbst gesetzt – denn jetzt ist der gesamte Panzergruppe kein Teil der Militärverwaltung mehr. Und dann kann keiner den Staat des Geistes...".

Wen nur Geschicklichkeit uns retten kann, dann trifft die Wahrheit vor allem jene Kreise, die alljährlich unter Auflösung jedes Demokratie und jedem Rechte ihre Machtproben ablegen und die jetzt von den Geistesgräben in Schau genommen werden. Selbstverständlich wird jeder Fall untersucht werden und jede Unrechtmäßigkeit auch gegen Angeklagte, gefunden werden müssen.

Der Antrag ist u. a. unterschrieben von Prof. Einstein, Prof. Dr. Martin Rade, Dr. Anna Auguste, Dr. Richard Gräfin, Prof. Gustav Radbruch, Prof. Walter Schäfer, Justizrat F. Berghauer, Prof. Edgar Jasse, Prof. Grotius, Dr. Magnus Hirschfeld, Dr. Reinhard Kiel, Maximilian Harden, Stadtstaat Dr. Wenzel, Minna Bauer, Hauptmann v. Betsch, Rittermeister v. Tepper-Laski, Käthe Hollwoit, Alexander Moissi, Carl Hauptmann, Fritz v. Harms, Gustav Meißner.

Zu diesem Antrag wird uns noch aus Berlin geschrieben: Unabhängig und Spartakisten sind seit einigen Wochen bemüht, aus einem Antrag Kapital zu schlagen, den nächste Intellektuelle aus Antrag der Einigung Karl Liebknechts, Hugo Engelmüller, Hugo Löffelholz usw. unterschrieben haben. Wir stehen nicht an, zu erklären, dass uns diese Kundgebung sowohl durch ihren Inhalt, wie durch ihre Form nur lobenswert erscheint. Die Sätze, wonach nur Geschicklichkeit uns retten können, worin die Regierung ausgedehnt wird, Leben und Freiheit der Bürger und die elementarsten Menschenrechte mit aller Macht zu klagen und wortlos die Ausstrahlung der Konflikte durch das Schwert im Innern verurteilt wird, sind von einer erbärmlichen Menschlichkeit, und es gibt keinen Sozialdemokrat, der sie nicht unterschreibt würde. Aber der eigentliche Zweck dieser Kundgebung soll eine Art Mikrofonvorstellung gegen die Regierung bilden, deren Truppen sich jene Ungeschicklichkeiten gegen Leben und Freiheit einzelner Spartakistenführer aufzuladen kommen lassen. Und daher halten wir es für notwendig, zu dieser Kundgebung folgendes zu bemerken: Es ist in manchen intellektuellen Kreisen, aus denen sich ein guter Teil der Unterzeichneter rekrutiert, Sitte (oder Mode) mit jenen politischen Richtungen zu kooperieren, deren Führer Opfer zweifelsohner Ungeeschicklichkeiten gewesen sind. Wir wollen nicht sagen, dass alle Unterzeichneter zu den sogenannten Salons-Bolschewisten gehören, aber manche Namen erinnern an jene zweideutigen Quellen, aus denen das Schandblatt, die "Republik" entstanden ist und gesiezt wird. Und da finden wir es doch merkwürdig, dass gerade diese ungernahen, wohlhabenden und politisch ziemlich weltfremden Menschen, die zum guten Teil mitfühlend daran sind, dass wir nach über vier Jahren Krieg auch noch die Schrecken des Bürgerkrieges durchmachen müssen, es sich herausnehmen, zusammen mit anderen ganz einwandfreien Persönlichkeiten, uns und der Regierung Moral zu predigen. Es ist absolut wahr, dass nur Geschicklichkeit uns retten kann. Denn aber muss das unverantwortliche Gerede über die Notwendigkeit einer zweiten Revolution, wie sie in der "Republik" und in den ihr nahestehenden bolschewistischen Salons gepredigt wird, endlich aufhören.

In der preußischen Landesversammlung hat der unabhängige Führer Dr. Dahlhoffmann eine lange Reihe von Ungeeschicklichkeiten angeführt, die in den letzten Tagen bei der Unterbreitung des neuen Spartakusauftandes in Berlin zweifellos vorgekommen sind. Wir werden uns nicht mit der bewussten und physischen Ausrede begnügen, dass Schababaten im Bürgerkrieg auf beiden Seiten unvermeidlich seien und stehen wie die erwähnten Intellektuellen auf dem Standpunkte, dass Geschicklichkeit die einzige Rettung aus dem blutigen Chaos bildet. Aber gerade Hoffmann ist es gewesen, der unter dem Beifall seiner Parteifreunde die Nationalversammlung nach Moskau mit Matrosenmännern auseinanderzutragen drohte, falls die Wahlen nicht im Sinne seiner Rötsch ausfallen würden. Und in konsequenter Fortführung dieser Theorie wollen jetzt die Unabhängigen die Rote-Republik an Stelle des Parlamentarismus, die Diktatur des Proletariats an Stelle der Demokratie, die permanente Ungeeschicklichkeit an Stelle der in der Verfassung fest verankerten Geschicklichkeit einführen.

Kleine politische Nachrichten.

Bei der Beratung der beteiligten Regierungen im Reichsministerium des Innern über die Wiedereinführung der Sommerzeit kam man überein, diese Frage der Nationalversammlung vorzulegen.

Die aus durch den Waffenstillstandsertrag auferlegten Lieferungen von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen sind in den letzten Tagen zum Abschluss gekommen. Der Gesamtwert des abgelieferten Fahrzeugmaterials, zu dem die preußische Eisenbahnverwaltung allein rund 4000 Lokomotiven und 120 000 Wagen gestellt hat, beträgt über drei Milliarden Mark.

In Regierungskreisen besteht die Ansicht, die Reichsversicherungssanstalt für Angestellte von Berlin nach einem anderen Ort Deutschlands zu verlegen. Neben Leipzig, Kassel, München, wird auch Hamburg genannt. Bayern bemüht sich gleichzeitig darum, diese großen Betörde mit ihren etwa 3000 Beamten nach München zu bringen.

Am 15. März wurde die über die bürgerliche Presse Bayerns verhängte Verbrennung wieder aufgehoben. Über drei Wochen hat sich Bayern bisher "revolutionären Errungenchaften" erfreut.

Die vorläufige Tagesordnung des zweiten deutschen Räte-Kongresses lautet: 1. Bericht des Zentralrates, Referent Leiner. 2. Der Ausbau Deutschlands und das Rätesystem, Referent: Max Cohen. 3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Referent: Karl Rautenkranz. 4. Neuwahl des Zentralrates.

Die Wahlen zum Arbeiter- und Angestelltenrat für Magdeburg haben folgendes Ergebnis gebracht: Deutsche Demokratische Partei 53, Freiheitssocialisten 136, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 25, Kommunisten 10, Deutschnationale Volkspartei 14, Zentrum 5, Liste der Handlungsgesellschaften 7. Vertreter.

Die armen Agrarier.

Im Schrein nach hohen Preisen haben die Agrarier stets eine gute Lunge bewiesen. Lange, bevor der Arbeiter einen wichtigen Ausgleich für die gewalttätige Verhinderung des Notwendigsten gefunden hatte, waren die Taschen der Vertriebene leer. Und sie sind ziemlich groß, die Taschen, in die das Wunderkind des Volkes gleitet. Das zeigt mit unverhüllter Deutlichkeit ein Schreiben an einen sich um Stellung bewerbenen Gärtner, in dem so eine ehrliche Fragerede schreibt:

"Ich beachtfüchte, in diesem Jahre im Felde 10 Morgen mit Kartoffeln, 10 Morgen mit Spätzlingen, 20 Morgen mit Rüben und 20 Morgen mit Spätzlingen anzuwachsen. Was Ihr Gehalt betrifft, so möchte ich Sie aus der Art Ihrer Stellung an dem Erfolg interessieren, und was würde ich Ihnen zu einem Brinngehalt vom Neigungswert aus Garten- und Feldgemüse um 1 Proz. geben. Ich mache bei einem Anbau von 60 Morgen Gemüse doch mit einem Reingewinn von mindestens 75000 Mark rechnen."

Wohlgemerkt, einen solchen Reinkommen sollen nur 60 Morgen (15 Hektar) Gemüsestand bei den gegenwärtigen in Gelung befindlichen Preisen erbringen. Pro Hektar 5000 Mark Reingewinn! Und das soll immer noch zu wenig sein?

Die Lage im Osten.

Ein Kriegsbericht besagt: Sie Konsolidieren und Anfangen sollten die Bolschewisten eine eindrucksvolle Niederlage. Von höchstem Risiko bis Widder an der Ostsee ist die ganze Front in Bewegung. Die wichtige Eisenbahnlinie Rostock-Radzanowski-Schwerin befindet sich infolge des kriegerischen Eingreifens mit Panzerjägern in einem Zustand. Unter andauernden Kämpfen, bei denen der Feind auch Kavallerie einsetzt und Panzerautomobile ins Gefecht fährt, ziehen

an der Bahn Wroclaw-Mitau vor. Nördlich der Bahn geht die Landeswehr vor. Letzte Truppen nehmen Frankenburg, während deutsch-baltische Formationen von Goldingen aus über Sabeln und Rauden in Richtung Luckau vorrücken.

Österreich.

Das Sozialisierungsgesetz angenommen. Die Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Sozialisierung angenommen. Nach letzterem soll mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über die Enteignung hierzu geeigneter Wirtschaftsbetriebe zugunsten des Staates, der Länder oder der Gemeinden über die Vereinigung bzw. geeigneter Wirtschaftsbetriebe zu Gewerkschaften und des öffentlichen Rechts und über die Vertretung der Angestellten und Arbeitern in der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe, in denen sie beschäftigt sind, die Staatskommission für Sozialisierung betraut werden, der außer Vertretern der beteiligten Staatsämter und öffentlich-rechtlichen Körperschaften auch Sachverständige aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer anzugehören.

Als Vorbereitung für die Vermögensabgabe erließ die Regierung eine Verordnung über die Feststellung der Vermögen, soweit sie aus Wertpapieren, Guthaben aus Kontokorrenten, Spareinlagen, aus Bargeld, oder aus seit Kriegsbeginn erworbenen Luxusgegenständen, aus Schmuck und Edelsteinen bestehen. Alle diese Vermögenswerte sind anzumelden. Wertpapiere, Deposits usw. bleiben bis zur Anmeldung ganz, Guthaben aus Kontokorrenten usw. zur Hälfte gesperrt. Von den Spareinlagen können 1000 Kronen abgehoben werden. Es werden auch Maßnahmen zur Sicherung der in Safes hinterlegten Vermögen getroffen.

Ministerliste. Staatskanzler: Renner (Soz.), Finanzminister: Ender, Landeshauptmann in Vorarlberg, Staatssekretäre: Für Inneres und Unterricht: Glöckel (Soz.), für Justiz: Sekretär im Justizministerium; Mayer, für Finanzen: Großer und Universitätsprofessor Schurpeit, für Land- und Forstwirtschaft: Stocker (Christ.-Soz.), für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten: Eilenberg (Soz.), für Heereswesen: Deutscher (Soz.), für soziale Verwaltung: Hahnlich (Soz.), für Ackerbaus der ehemalige Minister Franz Klein, für Sozialisierung: der Staatssekretär Bauer, für Volksernährung: Lorenzenfeld und Ruh, für das Verkehrswesen: der frühere Ernährungsminister Paul oder der Direktor der Nordwestbahnen Gaubeck.

Ungarn.

Freiwilligenheer. Die ungarische Regierung hat die bisherige, auf die allgemeine Wehrpflicht gegründete Armee in ein Freiwilligenheer umgebildet. Die neuorganisierte Armee wird sich in einer Reihe aus industriellen Arbeitern rekrutieren. Sie besteht aus sechs Divisionen. Die freiwillige Armee wird im Wege der Werbung ergänzt. Die Offiziere erhalten ein entsprechendes Monatsgehalt. Die Mannschaft erhält außer der vorgeschriebenen Verpflegung und Wohnung in der Kaserne ohne Rücksicht auf Charge einen täglichen Sold von 15 Kronen, dann für jedes Familienmitglied bis zu höchstens vier Familienmitgliedern einen Familienzuschlag von monatlich 50 Kronen, verheiratete Soldaten eine Quartiersgebühr von halbjährlich 300 Kronen, nach sechsmaligem Dienst eine Prämie von 300 Kronen. Die Uniform bleibt einschließlich die alte.

Rußland.

Wirtschaftliche Verhandlungen der Entente mit Lenin. Daily Telegraph will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, dass eine provisorische Kommission von Finanzmännern der Entente nach Moskau unterwegs sei, um eine Einigung mit Lenin zu erzielen und wirtschaftliche Zugeständnisse zu erlangen. Wahrscheinlich würden die Sowjetregierungen von den demokratischen Regierungen der Westmächte in nicht zu ferne Zeit anerkannt werden.

Frankreich.

Finanzminister Bloch hat in der Kammer schlecht abgeschnitten. Seine Ausschreibungen über die Budgetfrage zielen darauf hinaus, Deutschland ungeheure Kosten zugunsten des französischen Staates aufzubürden. Die "Humanité" führt aus, dass Bloch nicht mehr über die absolute Mehrheit in der Kammer verfüge, da nur 243 Stimmen für die Regierung abgegeben wurden, gegen 108 Stimmen der Linkerheit und bei überaus zahlreichen Stimmenthaltungen. Die "Humanité" erhebt in der Abstimmung der Kammer eine Verurteilung der Regierungsmethode, welche Frankreich machen möchte, dass Deutschland sämtliche Kriegsläden Frankreichs bezahlen werde. Bloch hat seine Verteidigung Clemenceau zur Verfolgung gestellt. In der "Humanité" erhebt der Deputierte Gatin nochmals Einspruch gegen die von Regierung und Parlament betriebene Annexionspolitik gegenüber dem Saargebiet, das eine rein deutsche Bevölkerung habe; diese Vergewaltigung würde zu neuer Rache und zu neuen Kriegen führen.

Cottin zum Tode verurteilt. Vom Gerichtsamt begann der Prozess gegen Cottin, gegen den Polizeimeister Conrat und den Soldaten Decauvin wegen vorbedachten Mordversuches gegen Clemenceau aus dem Hinterholz vor dem Pariser Friedensgericht. Cottin war von anarchistischen Ideen erfüllt, war jedoch auf seine Tat und zeigte keine Reue. Das urteilige Urteil lautet auf vollständige Zurechnungsfähigkeit. Nach einer weiteren Nachricht wurde Cottin zum Tode verurteilt. – Bei einem Prozess gegen den Mörder Villain, der Jaurès erschossen hat, war fürztig auch einmal die Rede, doch ist es wieder still davon geworden.

Amerika.

Arbeiterinnen auf der Friedenskonferenz. Wilson hat zwei weibliche Delegierte bestimmt, die die amerikanischen Arbeiterinnen auf der Friedenskonferenz vertreten sollen.

Aus der Nationalversammlung.

Wichtige Ereignisse im Volksvertreter.

Bei der Abstimmung über das Sozialisierungsgesetz in Beimark hat sich eine üble Laune vieler Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen gezeigt.

Einzelne Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion lassen es in der Nationalversammlung an dem nötigen Pflichtbewusstsein fehlen, so dass wichtige Abstimmungen durch die Wahl der Abgeordneten gefährdet werden. Wenn derartige Fälle jetzt sogar bei den Abstimmungen über das Sozialisierungsgesetz vorkommen sind, dann ist es höchste Zeit, dass diese launigen Volksvertreter von der Partei zur Rechenschaft gezogen und eventuell zur Niederlegung ausgeschlossen werden.

Aus Löben und den Nachbargebieten.

Montag, 17. März.

Die Lage des Arbeitsmarktes

hat eine weitere wesentliche Besserung erfahren. Am 14. März meldeten sich insgesamt 1879 Arbeitsuchende gegenüber 2381 am 1. März d. J. Die Metallindustrie weist eine im wesentlichen gleichbleibende Ziffer von Arbeitsuchenden (849) auf, verunter 35 Bauflosser, 74 Maschinenflosser, 16 Bohrer, 16 Dräher, 14 Weller, 12 Schmiede, 23 Klempner, 17 Mechaniker, 73 Schmieden und Heizer. Im Bauwesen hat die Besserung angehalten. Die Zahl der hellenlosen Maurer ist von 66 am 1. März auf 39 am 14. März zurückgegangen; außerdem waren je 3 Zimmerer, Stuckarbeiter, Lüfter und Glaser erwerbslos. Auf sonstige männliche Arbeiter entfallen 371 Arbeitsuchende, darunter Kellner und Badar mit wesentlich gleichbleibenden Zahlen. Die Zahl der hellenlosen Schläger ist bereits etwas zurückgegangen; eine weitere Herabminderung der Zahl steht für die nächste Zeit zu erwarten. Auf die Holzindustrie entfallen 8 Arbeitslose. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist auf 180, die Zahl der ungelehrten Arbeiter auf 211 zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß auch die Zahl der handwerklichen und Bureau-Angestellten einen Rückgang aufweist. Ein wesentlich günstigeres Bild zeigt auch die Arbeitsuchenden am 1. März auf 561 am 14. März zurückgegangen. Die Vermittlungszahlen des öffentlichen Arbeitsnachweises haben in der letzten Woche durchschnittlich täglich 100 betragen. Am 14. März konnten 148 Arbeitsuchenden Arbeitsgelegenheit erhalten. Es ist nur zu wünschen, daß die wesentliche Besserung des Arbeitsmarktes auf weiterhin anhält.

"Weimar" leitet das Thema über welches Genosse Stelling am kommenden Mittwoch abends 7½ Uhr in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins referieren wird. Da der große Saal des Gewerkschaftshauses renoviert wird und deshalb nicht benutzt werden kann, findet die Versammlung im Konzertsaal des Bühnenhauses statt.

Wahlen zu den Arbeiter- und Angestelltenratsräumen.

Die Verordnung des Rates der Volksauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 schreibt für alle Betriebe, Verwaltungen und Bureaus, die ständig mehr als 20 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, die Wahl von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen vor. Diese Ausschüsse sind in zahlreichen Betrieben, für die sie vorgeschrieben sind, noch nicht gebildet. Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung hat daher eine Anordnung erlassen, daß in diesen Betrieben bis spätestens zum 1. April d. J. die Wahl der Ausschüsse in die Wege zu leiten ist. Die Rechtsfolgeung dieser Anordnung ist mit erheblicher Strafe bedroht. Die Anordnung wird den Betrieben dringend zur Beachtung empfohlen. Zur Unterstützung der Durchführung der teineswegs einfachen Wahlvorschriften bereitet das Arbeitsamt in Löbau die Herausgabe des Musters einer Wahlordnung vor, die alle erforderlichen Angaben enthält. Die Schrift wird vom 19. März 1919 an im Arbeitsamt, Unterstraße 104, Zimmer 30, gegen Erstattung der Selbstkosten zu erhalten.

Um den Schwerverletzten unter den Kriegsverletzten (60 % oder mehr erwerbsunfähig) den Übergang in die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse zu erleichtern, hat das Demobilisierungskommando einen dringenden Antrag des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge verfügt, daß die in der Verordnung vom 1. Februar 1919 vorgesehene Kündigungstrial am 15. März 1919 um 1 Monat verlängert wird. Kündigungen Schwerbeschädigter können demnach spätestens zum 15. April d. J. erfolgen. Die Verordnung wird in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

Eine ässentliche Veränderung fülltlicher bei den Versicherungsgesellschaften beschäftigten Angestellten, einberufen vom Bureaustellerverband, tagt am 18. März im Restaurant "Hannover". Als Referent war Herr Heber-Hamburg erschienen. In der Hand reichen Materials entnahm er von der schweren Bevölkerung, die unter Voll ergriffen, ausgehend, ein deutliches Bild von den verworrenen Zuständen, hieß es denen der Versicherungsbranche. Sein Themen: "Unsere wirtschaftliche Lage und wie verbessern wir dieselbe?" beleuchtete denn auch alle Phasen dieses Berufszweiges. So wie die freien Gewerkschaften es begriffen haben, nur durch Zusammenschluß Erfolge erzielen zu können, so ist auch für die Versicherungsgesellschaften diese Parole nicht minder maßgebend. Gerade sie sollten ihre Rolle endlich erkennen und wenn dies geschehen, nicht etwa leugnen, wie dieses durch Selbstüberhebung in diesem Stande oft geschieht. Wir haben ein Recht darauf, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Wir wollen an den Errungenschaften der Revolution, an der Kultur teilnehmen. Nicht wollen wir abstecken und die Hände in den Schoß legen, nein: wir wollen unsere Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen, um den Wiederaufbau zu fördern. Dazu gehört aber vor allem, die mißlichen Zustände in unserem Berufe zu beseitigen. Darum energisch Front gemacht gegen die nichtsbeladene Vertretungspolitik der nimmermehrigen Dienstjäger. Warum sollten wir nicht auch gleiche Erfolge erzielen können, wie die Kaufmännangestellten, durch Tarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen? Also nochmals: nicht nurren und kämpfen und die gefallene Faust in der Tasche lassen uns retten, nein untersetzen, mitmachen und mitmachen. Das sei der Grundatz, dem Sie huldigen müssen und darum stehn in den einen großen Verbund der Bureauangestellten. Redner ging dann auf neuzeitige Kämpfe in verschiedenen Großstädten, so besonders Hamburg, ein, gab gute Ratschläge für die Diensteinrichtungen der Angestellten selber. Es folgte eine recht laufende Diskussion, an der sich die Herren Bohrmann und Krüppel vom deutschen Versicherungsverein vorwiegend beteiligten. Sie hatten nichts gegen eine Vereinigung großer Stils einzubringen, konnten sich jedoch nicht für den großen Verbund der Bureauangestellten erwärmen, sondern lobten mehr ihren sozialen Verband. Jedoch ließen die Ausführungen der beiden Redner die Vermutung aufkommen, daß der Weg zum großen Einheitsverband in nicht allzuferner Zeit ohne Bedenken der gangen sein würde. Des Referenten Ausführungen wurden fröhlicherweise von den Kollegen Holzapfel, John, Braudes, Krieger und dem als Gast anwesenden Lehnungsfreunde Heldweber Schulz. Nach einem erneuernden Schlussspruch Hebers und einer lebhaften Neueranfangsrede klang die Versammlung.

Wilde Streiks sind die beliebtesten Kampfmittel der Spartakisten. Sie wurden erstaunlich auch am Freitag in der Versammlung der hiesigen Spartakisten als besonders zweckmäßig empfohlen. Die Arbeiter wissen demnach jetzt ganz genau, welche Gedanken sie vertragen sollen, wenn unherufene Personen sie zu Arbeitseinstellungen zu erlauben suchen. Da sie "keine Ochsen" sind, wie selbst ein Spartakist erkennen mußte, so werden sie den deutschen Volkswirtschaften zeigen, daß sie nicht gewillt sind, die wirtschaftliche Bevölkerung durch törichte und verwerfliche Handlungen noch mehr zu zerstören, als das schon durch den Krieg der Fall ist. Wer und nun die hiesigen Spartakisten? So wie sie überhaupt völlig organisiert waren, gehörten sie bis vor wenigen Monaten der alten Sozialdemokratie an und haben sich niemals in Versammlungen gegen deren sozialpatriotische Kriegspolitik gewendet. Nach der Revolution dagegen einige von ihnen zu den Unabhängig über und heute gehörten sie schon in Blättern, die am Freitag abend verteilt wurden, daß die Unabhängigen in eine Politik der reichen Kompromisse, des gekauften Loses und überhaupt unfähigen revolutionären Gelehrten sind. Man kann daraus ersehen, wie wandlungsfähig die sind, die heute verdammen, was sie noch gestern selbst für

erten. Wer sie nun ihnen zugewandt und führen läßt, der ist ausführlich und schäbig ist und die Arbeitersklasse. Denkende Arbeiter wissen, wie sie ihre Agitation und ihre Bestrebungen zu bewerten haben.

Pauvertin „Aus eigener Kraft“, Löbau 1919. In einer am Sonntag abgehaltenen Gründungsversammlung bei Gastwirt Groth, Gottwitzstraße, wurde beschlossen, einen Bauverein zu gründen, dem eine Anzahl Mitglieder beitreten. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, jedem seiner Mitglieder ein eigenesheim durch eigene Arbeit zu bauen. Die Mitglieder bestehen nur aus Arbeitern und Handwerkern. Der Wahlspruch lautet: "Alle für einen und einer für alle." Die Versammlung kam überein, daß der Verein den Titel „Aus eigener Kraft“ tragen soll und keine Parteipolitik praticieren werden darf, einerlei welcher Richtung. Das Eintrittsgeld wurde auf 1 Pf. und der wöchentliche Beitrag auf 10 Pf. festgesetzt. Beitragsklärungen nehmen entgegen die Mitglieder L. Lieberum, Bülowstr. 16, part. und G. Kuhmann, Gottwitzstr. 6 II.

Eine öffentliche Versammlung fülllicher in den Büros der Rechtsanwälte und Notare beschäftigten Angestellten findet am 18. März abends 8 Uhr im Restaurant Hohenholz statt. Büropostmeister Walther Hainbuch wird über die Zweckmäßigkeit des Einheitsverbandes referieren. Wie werden die in Frage kommenden Angestellten darauf hin.

Auswelle zur Einreise in das besetzte Gebiet. Hierüber sind der hiesigen Handelskammer nähere Bedingungen angegeben, die von Interessenten in der Regel der Handelskammer, Breite Str. 8, eingesehen werden können.

Religionsunterricht in der Schule. Einer Aufforderung des Löbauer Frauenbundes folgend, sprach am Montag Prof. Anthes über den „Religionsunterricht in der Schule“. Indem er sowohl die politischen als auch die katholischen Ansprüche ablehnte, stellte er die Berechtigung eines neu gestalteten Religionsunterrichts aus dem Wesen und den Bedürfnissen der Schule selbst herzuleiten. Ein Wissen von der Welt ist nicht nur ein Wissen vom Begriffen, zu bearbeiten in der Welt, sondern auch eins von den Grenzen des Begreifens, vom Geheimnis, das um die Dinge und hinter ihnen schwebt. Der Religionsunterricht ist der Unterricht von diesem Geheimnis. Um diesen Zweck zu erfüllen, darf er natürlich kein im wesentlichen dogmatisch sein, wie er es bisher war. Denn alle Dogmatik gebärde sich ja gerade so, als ob sie müßte, vorfande, was man nicht weiß und nicht versteht, sondern nur ahnen, erfüllen, erlaufen kann. Es muß ein psychologisch-historisches Fach aus dem Religionsunterricht werden. Dann wird er, erlost von all den berechtigten Klagen und Vorwürfen, die bis jetzt gegen ihn erhoben wurden; er behält aber zugleich die tiefe Wirkung auf die jungen Seelen, um deren willen ein großer Teil unseres Volkes der etrigen Abfassung mit lebhafter Begeisterung entgegensteht.

Marmoraal. Um den vielfachen Wünschen entsprechen zu können, findet am Freitag, dem 21. März, die 10. Wiederholung des Vunken-Ernst-Albert-Uebens statt. Anstatt der nicht mehr zeitgemäßen Dichtung „Die Jahreswende“ wird er das Gedicht von Heinrich Heine „Menschen, welche sterben, wenn sie leben“ vorstellen und zwar im Gegensatz zu „Insolenten, welche sterben wenn sie leben“. Auch in der großen Volksversammlung sind neue Reden hinzugekommen. (Siehe Annonce.)

* **Verhafteter Schleicherhändler.** Gesternmorgen wurde ein in der Fischbrücke wohnhafter Schleicherhändler, weil er überführt ist, in den letzten Minuten Schleicherhandel mit Waren zu unchristlichen Preisen beziehen zu haben, von denen einige, wie Honig, Butter usw. von Dienstleuten hergerichtet haben dienen. In der selben Sache wurde ein am Fällenplatz wohnhafter Händler festgenommen, der nicht allein der Tützger des Schleicherhändler war, sondern auch in dem dringenden Verdacht steht, an den Dienstleuten selber beteiligt gewesen zu sein oder Gehörer begangen zu haben.

* **Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeitsurteil aus Bütow.** Der einem in der Nebenhofstraße wohnenden Arbeiter wurde Anzug gestellt wegen Bodenkommanditstands.

* **Verchiedene Diebstähle.** Von einem Tropfenboden in der Trockenmannstraße sind am 14. ds. Ms. 5 wolleine Hemden gestohlen worden. — Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist aus einem Kleidergeschäft in der Sandstraße ein schwerleidender Darschenträger mit gebogener Krücke. Der Griff des Schirmes ist mit einem weißen Ring verziert, wie auch das Ende des selben mit einer weißen Platte abschließt. — Aus einem Hause in der Salzstraße sind am Donnerstag, dem 18. ds. Ms., verschiedene Damenuhren und 1 Paar fast neue Damenschuhe gestohlen worden.

* **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum 18. ds. Ms. sind aus einem Hause in der Eschenburgstraße mittels Einbruches folgende Sachen gestohlen worden: 12 silb. Außergabeln, 2 silb. Beilegabeln, 6 vergoldete und 8 silberne Messerlöffel, 12 silb. Teelöffel, Fadenmuster gez. A. S. 12 silb. Teelöffel, Perlmutt, 12 silb. Esslöffel, Fadenmuster, 4 silb. Serviettentasche gez. Lotte und Otto, 1 silb. Butter- und 1 silb. Käsemesser, 2 silber-vergoldete Kompasslöffel mit alter Löbauer Münze, 2 Trauringe aus Silberguss, der eine Ring ist ungewöhnlich während der andere Ring W. H. R. 24. 12. 21. 8. 12 geschnitten ist, 1 silb. Damenschürze mit plattem Bügel und 1 Damen-Bartekommode mit einem Gesamtwert und 3 kleinen Silberkarten Nr. 4.

Gemeinderatswähler der Provinz Löbau! Seht die Wählerlisten ein! Vergebt nicht die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Gemeindevertretungen!

In den Wahlvorschlägen sollen die in erkennbarer Reihenfolge zu benennenden Bewerber mit Namen und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand und Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Eine Zustimmungserklärung der Bewerber ist beizufügen.

Schlüpp. Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagt am Sonnabend im Hotel von Sabrowski. Genoss Bräuer aus Löbau referierte über die politische Lage und über Spartakismus und Sozialismus. Der Redner sprach dem Spartakistbund das Recht ab, sich kommunistische Partei zu nennen. Kommunismus bedeutet Gemeinschaftsleben und die Gleichheit aller. Der Spartakismus aber nicht — nach russisch-kommunistischem Muster — die Ungleichheit, die Diktatur einer Klasse und die Unterdrückung alles anderen, was nicht nur jeder Demokratie, sondern auch dem Kommunismus ins Gesicht schlägt. Der Spartakistbund sei in infolgedessen keine sozialistische, sondern eine anarchistische Bildung. Redner schloß dann mit Nachdruck die gegenwärtigen kriegerischen Wirtschaftsverhältnisse und zog den Grund, dem wir entgegen treiben. In der Diskussion sprach auch ein Unabhängiger, von denen mehrere als Gäste geladen waren, wahrscheinlich, um zu trüben zu suchen, was freilich nicht gelang. Es wurde besonders stark der Terror gerügt, den die Unabhängigen auf dem Hochgericht ausübten. Sie drohen einfach den Kollegen an, nicht mehr mit ihnen zusammen zu arbeiten, wenn sie sich nicht der U. S. S. R. anschließen. Der Vertreter der U. S. R. Thomas

sagte diese Handlungswelle mit der Bemerkung an rechtfertigen, daß die alte Partei und die Gewerkschaften in früheren Zeiten ebenso gearbeitet haben. So sehr schock überrascht wurde die Geschäftspraxis der Fischhändlersgesellschaft, die erst die Fische, die für die eigene Bevölkerung bestimmt sind, an Unterhändler weitergibt, die dann der Bevölkerung das Bünd Fische um 20 Pf. verteuern. Um 11 Uhr fand die Versammlung für Ende, nachdem noch mehrere Klagen der Schlußworte erörtert worden waren.

Hamburg. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl liegt zur Stunde noch nicht vor. Von 593 Wahlberechtigten sind nur die Stimme von 192 bekannt. Es sind mehrere verdeckte Listen vorhanden. Nach dem Tellergebnis entfielen auf die sozialdemokratischen Listen 80718 Stimmen, die Unabhängigen 13406, die Deutsche Volkspartei 18698, der Hamburgische Wirtschaftsbund für Einzelhändler und Werkleute 3760, Grundstücke 3812, die Deutschnationale Volkspartei 4491, die Demokratische Partei 27618.

Theater und Musik.

Im Stadttheater wurde Sonntagsabend Vorlings echte Volksoper "Der Ritter von Simmern" wiederholt und zwar mit Herrn Lissewski von der chemischen Hofoper in Hannover in der Titelrolle. Wie wir erfahren, ist dieser Künstler bereits für Löbau verpflichtet. Seine Leistung zeigte, daß er für die hiesige Oper ein Geminn ist wird. Entgegenstehende, markige und tragische Stimmmittel, richtiges Ausdrucksvermögen, durchdachtes, temperamentvolles Spiel und die Fähigkeit, auch den Dialog eindrücklich und natürlich wiederzugeben, stellte seinen Namen in den Mittelpunkt der Vorstellung.

Die "Blattduische Volksspiel" hatte gestern nachmittag die Freunde niedersächsischer dramatischer Kunst und plattdeutscher Sprache nach dem Hania-Theater geladen. Dort erlebte man ein schönes Wiedersehen mit Borch Koos, hier nicht mehr unbekannter "König in von Hennebu", einen harmlosen, aber doch humorvollen Volksstück, dem eine kleine Dosis Moral beigegeben ist, um vor dem Lebel des Reichstums zu warnen. Das vollbesetzte Haus unterhielt sich bei der Sache sehr gut und dankte den Mitwirkenden von der Hamburger Gesellschaft für dramatische Kunst mit Dr. Ohnsorge — ein wirklicher Künstler — an der Spitze durch lebhafte Beifall.

Neueste Nachrichten.

Aufhebung des Standesrechts.

Berlin, 17. März. Reichsminister Rosse erläuterte folgende Bekanntmachung: Die militärischen Dienstzahmen in Groß-Berlin sind zum Abstechen gefangen. Die Kämpfe haben aufgehört. Deshalb habe ich den Befehl vom 5. ds. Ms. auf, wieder zu erschießen, was mit den Waffen gegen die Regierungstruppen kämpft und die Ordnung und Sicherheit nicht mehr gestört werden.

Scheidemann und Budendorff.

Berlin, 17. März. Meisterschreiber Scheidemann überreichte beim "Borwerts" folgende Erklärung: Was der Preß erreicht habe ich, daß der General Budendorff am 13. d. M. wieder einen Brief an mich geschrieben haben soll. Er scheint es die Handhabung der Presse-Propaganda immer noch wie eink im Krieg zu versuchen. Eine nochmalige Autkraft militärisch erläutert sich, nachdem ich dem Herrn General bereits am 5. d. M. mitgeteilt habe, daß die Regierung demnächst eine Sammlung von Dokumenten herauftaucht, durch die die Haltung des Herrn Budendorff vollkommen klargestellt werden wird. Scheidemann.

Aufgelöster Landtag.

Graudenz, 17. März. Der Posener Provinziallandtag wurde durch den Obersten Volksrat aufgelöst.

Bolschewistischen.

Helsingfors, 17. März. Nach Petersburger Blättern stand in Moskau unter Beteiligung von Vertretern aus der Ukraine ein Sonder-Kongress statt, auf dem der Kriegsminister Posern die baldige Vertreibung der Entente-Truppen aus Finnland und von der Seite des Schwarzen Meeres in Aussicht stellte. Trotz erklärte, die Gefahr eines Eingreifens der Entente in Finnland sei überstanden. Tatsächlich das Ende zwinge die Russen ihre alten Pläne aufzugeben. Als Entgegenseitigkeit bereit, gewisse wirtschaftliche Vorteile zu bemühen. Er und Sinozwjew versicherten, die rote Fahne und die rote Armee würden bald ihren Siegeszug über die ganze Welt antreten. Aber als man glaubte, würden die tapfsten Bolschewisten auf den Fronten in London, Berlin, Rom und Paris kämpfen.

Die Nachrichten über bolschewistische Propaganda treten jetzt häufigerlich in englischen Blättern häufiger auf. Es hat sich eine gewisse Furcht demütigt. So berichtete die "Times" dieser Tage, die Sowjetregierung habe alle Heil in Betracht, um ihren Plan der kommunistischen Weltrevolution zu realisieren. Sie hat zu diesem Zweck ein besonderes Kommissariat für die Internationale ins Leben gerufen und einen Schweizer namens Mohr mit dessen Leitung betraut. Mohr ist ein früherer französischer Minister Thomas auf seiner Reise nach Russland begleitet und sich nunmehr den Bolschewisten angeschlossen hat. Auch einem Engländer, der zu den Intimen des Kommissariats für die auswärtigen Angelegenheiten Tschischtschin gehört, ist ein wichtiger Posten bei dem Ausbau der internationalen Propaganda übertragen worden.

Der Völkerbund ein Teil des Friedensvertrages.

Amsterdam, 17. März. Aus Newport wird gewußt: Wilsons Sekretär Tammelby hat von Wilson ein Telegramm empfangen, indem dieser mitteilt, daß in der Vollstzung des Zehnerrates in Paris definitiv beschlossen wurde, daß der Völkerbund einen Teil des Friedensvertrages bilden muß. Das geschah auf das Drängen Wilsons.

Delegierten-Konferenz der Bergarbeiter.

Böhmia, 17. März. Die Sonntags-Sitzung der unter Berufung des Abgeordneten Schäfer hier stattfindenden Konferenz der Delegierten sämtlicher Schachtanlagen des Ruhr-Kreisels verließ zum Teil recht dürrisch. In zähflüssiger Verhandlung wurden die Fragen des Räte-Systems, die Sozialisierung und des Kohlennutzungsgesetzes, sowie der Schichtzeit behandelt. Es gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, der verlangt, daß ab 1. April 1919 die 7½-Stundige, ab 1. Januar 1920 die 8-Stundige und ab 1. Januar 1921 die 8½-Stundige Arbeitzeit einschließlich der Ein- und Ausfahrt zur Durchführung gelangen soll. Erst jetzt die Schichtverkürzung bis zum 1. April nicht, so würden die Bergleute streiken. Es gelangte weiter ein Antrag zur Annahme, daß die Reiner-Kommission nicht außer Acht gelassen wird. An die Regierung in Weimar wurde folgendes Telegramm gebracht: Die Einführung eines demokratischen Verwaltungssystems in den Betrieben war keines das größte Befreiung der organisierten Arbeiterschaft und der Betriebsorganisationen. Die Konferenz erachtet die Regierung bis zur gelegten Regelung der Steiger-Kreisels und Betriebs-Kreisels ebenso durch sofortige Verordnung des Demobilisierungsamtes offiziell die Anerkennung dieser Räte zu verfügen und die in Weimar vereinigte Dienst-Anweisung für die Räte in Bergbau zu Kraft zu setzen. In der Sitzung von Bergbau-, Landes- und Reichs-Räten, der Verstaatlichung des Kohlenwirtschafts und der Errichtung eines Sachverständigen-Berates für die Kohlenwirtschaft erledigte die Konferenz den ersten Schritt zur Sozialisierung des Bergbaues. Sie fordert daher die offizielle Anerkennung dieser Körperschaften.

Kontrollabgabe an weitere Minderbemittelte.

Seine Bekanntmachung vom 18. Februar 1919, Südeutsche Zeitung Nr. 78.)

Anweisungen auf je 2 oder 4 Rentner westfälischen Kärtchens erhalten auf Antrag Haushaltungsverstände, die

1) im Besitz der Brennstoffkarte O sind,

2) zur Einkommensteuer nicht herangezogen werden oder kein höheres Einkommen versteuern als 1200 Mark im Jahre.

Der Preis beträgt, da abgesehen von der Kohlensteuerverwendung, noch unter früheren Preisverhältnissen eingekauft ist und keiner Kleinhandelsgewinn wegfällt, nur 3 Mark für den Rentner.

Die Anweisungen werden Königstraße 18, I. (Ausdruck für Westfalen) erzielt, und zwar wochens von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr. Die Brennstoffkarte O ist in Entnahme der erforderlichen Muster, und der Steuerzettel oder die Bescheinigung des Steueramtes ist vorzulegen.

Der Inhaber der Anweisung kann sich den Kärtchen am Lagerplatz der Firma Emil Meyer auf der Wallhalbinsel ausständigen lassen. Tag und Tageszeit der Abholung sind jeweils in der Anweisung bestimmt. Der Tag wird innerhalb der Gültigkeitsdauer der Brennstoffkarte O liegen.

Der Preis ist am Lagerplatz bar zu entrichten. Das Geld muß vorausgezahlt bereit zu halten.

Auf Wunsch wird der Kärtchen gegen 50 Pfennig Fuhrlohn ins Haus befördert.

Lübeck, den 15. März 1919. (10678)

Das Landesverwaltungsaamt.

Bekanntmachung

bek. Heraussetzung der wöchentlichen Fleischmenge.

Urs Grund der Bekanntmachung des Vorstandes der Reichsstelle vom 12. März 1919 wird die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die wöchentlich auf die Fleischorte entnommen werden darf, mit Wirkung vom 17. März 1919 an, bis auf weiteres auf 200 Gramm Schlachtwiehleisch mit eingeschlagenen Knochen für erwachsene Personen, für Kinder unter sechs Jahren auf die Hälfte festgesetzt. In Stelle von je 20 Gramm Schlachtwiehleisch mit eingeschlagenen Knochen können 16 Gramm Schleifschweinleisch ohne Knochen, oder 40 Gramm Wildbret, Frischschwein, Eingeweide, Fleischkonserven eintreten, das Volengemüts entnommen werden. In den Gemeinden, in denen vom 2. Februar 1919 ab die wöchentliche Fleischmenge auf 200 Gramm für erwachsene Personen und 100 Gramm für Kinder unter sechs Jahren festgesetzt war, wird sie auf 100 Gramm für erwachsene Personen und 50 Gramm für Kinder unter sechs Jahren ermäßigt.

Zur Übereinstimmung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1919 wird die wöchentliche Fleischmenge aus Haushaltslösungen für Selbstversorger vom 17. März 1919 ab auf 400 Gramm für die Woche für erwachsene Personen und 200 Gramm für die Woche für Kinder unter sechs Jahren festgesetzt.

Lübeck, den 15. März 1919.

Das Landesverwaltungsaamt. (10674)

Anordnung

bek. Durchführung der Wahlen zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen.

Die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 schreibt in § 7 h die Wahl von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen für alle Betriebe, Verwaltungen und Büros vor, die ständig mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen.

Diese Bestimmung ist bisher in einer großen Anzahl kleiner Betriebe nicht durchgeführt worden.

Es wird daher bestimmt, daß alle Betriebe, Verwaltungen und Büros, die nach den Bestimmungen der Verordnung verpflichtet sind, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wählen zu lassen, deren Zahl bis spätestens 1. April 1919 in die Wege zu leiten haben.

Wer die Befolgung dieser Anordnung unterläßt, hat auf Grund der Bundesstaatserklärung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. November 1918 Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. zu gewähren.

Lübeck, den 15. März 1919.

Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung.

Dr. Sixel

Zur Erleichterung der Durchführung dieser Verpflichtung gibt das Arbeitsamt in Lübeck eine Schrift „Muster einer Wahlordnung für die Wahl zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen“ heraus, die vom 18. März d. J. an das Arbeitsamt, Hinterstraße 104, Zimmer 80, gegen Entlastung der Gebühren zu beziehen ist. (10683)

Gemeindevertag.

Rendsdorf, 14. März 1919.

Für die Neuwahl der Gemeindevertretung der Gemeinde Rendsdorf fordert der Unterzeichnete Rendsdorf zur Einberufung von Wahlverschlägen auf. Diese müssen mindestens am 25. März 1919 beim Gemeindevertag abgelehnt sein, dürfen nicht mehr als 12 Bewerber enthalten und müssen von mindestens 21 Wahlberechtigten unterschrieben sein, wobei Stand und Wohnung anzugeben ist. Auch in ein Bevölkerungsraum zu bezeichnen. — Die Wahlverschläge sollen in einem offiziellen Heft abgelegt werden.

Die Bewerber müssen eine Begründung für die Wahlberechtigung ablegen, daß über ihre Tätigkeitlichkeit zum Zweck entsteht. Eine Befreiungsbegründung ist zu verhindern.

Wahlberechtigte können bis zum 31. März 1919 mindestens zweimal wählen. Jeder Wahlberechtigte darf nur eine Gruppe der vereinbarten Wahlberechtigten abgeben.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Die Gruppe verbundener Wahlberechtigte wird bei der Abstimmung der Stimme als ein Wahlberechtigter angesehen.

Industrielle Moorkultur.

Vor einiger Zeit war in dem Mahnruf „Um Tod und Leben unserer Volkswirtschaft“ darauf hingewiesen worden, daß die Kultivierung der ungeheuren Moor- und Heidesflächen Deutschlands großen Kosten unserer Arbeitslosen fruchtbringende Arbeit geben könnte. Die Moorkulturen Deutschlands werden auf 2,3 bis 2,5 Millionen Hektar geschätzt, die anderen Debländern Wouhens allein auf 1,8 Millionen Hektar. Wenn man demgegenüber den Flächeninhalt von Togo mit 8,7 Millionen Hektar den der Sowjetunion mit sogar nur 275 000 Hektar gegenüberstellt, kann man ermessen, welche Bedeutung die Ausnutzung dieser Flächen gerade in unseren Seiten für Deutschland hat.

Moore sind zusammenhängend mehr oder weniger große Lagerstätten von Torf, des Produktes einer chemischen Zersetzungsgesetzes, bei dem sich aus Überresten abgestorbener Pflanzen Torf bildet, ein Vorgang, der sich heute in der Natur abspielt. Je nach dem Fortschreiten dieses Zersetzungsvorganges unterscheidet man Niedermoore, die zum Teil wenigstens, als schlechte Weide hochmoore, die für Landwirtschaft und Viehhaltung ohne Kultivierung unbrauchbar sind, Übergangs- und schließlich höheren oberen Schicht der weiße Torf, deren untere Schicht der Spat-torf oder Schwarze Torf bildet.

Die Kultivierung und Urbarmachung der Moore wird seit ältester Zeit geübt. Die Resultate, die Holland durch die Fein-saum (Vein) Kultur seiner Moore erzielt hat, wo aus öden Flächen blühendes mit Siedlungen bedecktes Land geschaffen wurde, sind bekannt. In dem letzten Jahrzehnt haben sich auch die deutschen Kreise mit der Frage der Hochmoorkultur intensiv beschäftigt. Es handelt sich nicht nur darum, Ackerland, sondern auch Siedlungsland zu gewinnen, auf dem im Gegensatz zu den sonst üblichen Kultivierungen Häuser, ohne der Gefahr des Verfalls auf dem schwankenden Boden ausgesetzt zu sein, gebaut werden können. Um die Moorkultur rasch und in großem Maßstabe durchzuführen, hat man zu technischen Mitteln greifenden, die vor allem eine Verwertung des Torfs ermöglichen. Als Brenntorf wird Torf schon seit jeher in beschränktem Umfang verwendet. Eine Verwendung im großen Maßstab steht die Transportfrage entgegen.

Es liegt nun nahe, daß, wenn der Transport des Tores wirtschaftlich erscheint, ähnlich wie bei den Braunkohlen-lagern in letzter Zeit, Elektrizität durch die Verbrennung des Tores an der Gewinnungsstelle erzeugt wird und daß dann die elektrische Energie in Hochspannungsleitungen bis an die Verwendungsstellen übertragen wird. Außerdem findet dann die elektrische Energie bei der Gewinnung des Tores und der Kultivierung des Hochmoors selbst an Ort und Stelle ausgedehnte Verwendung.

Eine solche Anlage ist bereits vor einigen Jahren im Wiesmoor in Ostfriesland geschaffen und hat den Beweis ihrer Leistungsfähigkeit und Vorleistung gebracht. Es werden dort 6226 Hektar Hochmoor kultiviert und außerdem elektrische Energie von 100 Pferdekraften in drei Turbogeneratoren erzeugt. Die elektrische Energie wird vom Wiesmoor durch Fernleitungen bis nach Leer, Emden, Oldenburg und Rüstringen bei 20 000 Volt Spannung übertragen. Die Kultivierung spielt sich in der Weise ab, daß das Moor durch Kanäle, Gräben und Wege in einzelne Kolonie von 5–10 Hektar Größe geteilt wird und so mit Hilfe von Drainrohren entwässert wird. Die entwässerten Flächen können direkt, ohne daß vorher der Brenntorf abgetragen wird, nach dem sausen Abholzung gepflügt, gewalzt, geseggt werden. Alle Arbeiten werden maschinel auf elektrischem Wege durchgeführt. Der aus dem Wert der Arbeit (1000) gewöhnliche Torf genügt, um das Werk 20–30 Jahre zu betreiben, während der auf der ganzen Fläche vorhandene Brenntorf für 450 Jahre ausreicht. Um den Brenntorf zu gewinnen, wird zuerst die obere Schicht, der weiße Moortorf, der als Torfstreu verwendet werden kann, von Hand abgegraben und dann der Brenntorf mit elektrisch betriebenen Baggern abgestochen. Die flachen Torfsruinen werden dann von Hand oberflächlich vorgeschnitten und in Haufen gesichtet. Diese Haufen läßt man dann an der Luft trocknen, bis sie einen Wassergehalt von 25–30 Prozent haben, worauf sie mit Benzol-Lokomotiven im Kraftwerk befördert werden, um entweder sofort unter den Wasserhähnen im Kraftwerk verfeuert oder in Mieten auf Vorrat aufgestapelt zu werden. Bei dem Bau und Betrieb des Kraftwerkes war eine Fülle von schwierigen Einzelproblemen zu beachten, die alle eine beständige Lösung gefunden haben.

Eine zweite, noch mehr zu versprechende industrielle Methode der Moorkultivierung ist das von Frank und Cato angegebene Verarbeitungsverfahren des Tores, wodurch nicht nur elektrische Energie, sondern auch Düngemittel in großen Mengen gewonnen werden. Nach der Methode, die zuerst von Mond bei der

Bergung von Kohle angewendet wurde, wird der Torf in Generatoren, die sind schwachläufige Drehen, der Einwirkung von Luft und Wasserdampf unterworfen. Die Torfsubstanz wird dabei in ein mit Teer verunreinigtes Gas umgewandelt, das nach Reinigung von den Teeren direkt in Gasmotoren zur Kraftserzeugung oder als Heizgas von großer Heizkraft verwendet werden kann. Wichtig ist dabei, daß zu diesem Verfahren Torf mit einem Wassergehalt bis zu 60 Prozent auch in grüner Form verwendet wird, der das ganze Jahr bis zum Eintreten von Eis gewonnen werden kann. Der Torf enthält aber auch Stickstoff in organischer Form, der durch Wasserdampf in Ammonium umgewandelt wird, das zur Herstellung von schwefelsaurer Ammonium, eines wichtigen Düngemittels, Verwendung findet. Eine Tonne trockener Torfsubstanz gibt bei einem Stickstoffgehalt von 1 Prozent 40 Kilogramm, bei einem Stickstoffgehalt von 2 Prozent 80 Kilogramm Ammonium und liefert außerdem noch Sauerstoffgas, das mit ihm 900 elektrische Pferdekraftstunden erzeugt werden können. Bei der Wichtigkeit der künstlichen Düngung kann uns dieses Verfahren, wie die Luftstickstoffverfahren, dazu helfen, uns von den Importen des chilenischen Salpeters unabhängiger zu machen. Es arbeitet bereits nach dem Frankischen Verfahren im Schweger Moor bei Osnabrück ein Werk von 3000 Pferdestärken, das unter anderem auch elektrische Energie für die Stadt Osnabrück mit 30 000 Volt liefert. Das Verfahren eignet sich nur zur Ausbeutung in großem Maßstabe. Industrien, die nicht nur elektrische Energie, sondern auch hochwertige Heizgase von guter Qualität nötig haben, wie Eisenverarbeitungs- und Verarbeitungsindustrien, elektro-chemische Werke, werden sich mit Vorteil in der Nähe solcher Torfwerke niederlassen. Die elektrische Energie kann auch selbst in der Landwirtschaft und für Bauzwecke Verwendung finden und so die wichtige Frage der Kohlenersparnis mit lösen helfen. Jedermann sieht, daß die Kultivierung der Hochmoore nicht nur direkt durch die Vergroßerung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, sondern auch indirekt durch die industrielle Ausnutzung der Torflager für unsere Volks- und Ernährungswirtschaft von ungeheuerlicher Bedeutung ist.

(Diploming. Steinhaus in der „Niederrhein. Volksst.“)

Frauendienst am Volke.

Dienen lerne das Weib
beiziehen nach ihrer Bestimmung;
denn durch Dienen allein
gelangt sie endlich zum Herrschen,
zu der verdienten Gewalt,
die ihr im Hause gehöhrt.

Wenn man mit siebzehn Jahren diese Goethestelle sieht, und harter, dienender Frau buchstäblich entronnen ist, hat man kein Fünfzehn Verstecken für die darin ausgedrückte Wahrheit. Lebensravellen und Stürme, aber auch Lebensschönheiten muss man ertragen und durchsetzen haben, um diesen Spruch, wie viele andere,

Es bleibt sich letzten Endes auch gleich, ob dieser Vers allgemein oder in ganz engem, häuslichen Sinne ausgeworfen wurde. Eines wissen wir mit Beziehung auf ihn genau: Die Zeit ist gekommen, wo wir Frauen dienen können. Aus der Familiengemeinschaft heraus ist jetzt die Möglichkeit gegeben, unter „Dienentümern“ der Gemeinde, dem Vaterlande zu leben. „Als dienendes Mitglied schließt an ein Ganzes dich an.“ heißt es an einer anderen Stelle bei Goethe. Und um Deutschland wieder zu einem „Ganzen“ werden zu lassen, müssen wir „dienen nach unserer Bestimmung“. Und wir haben überzogene Bestimmungen! Wir gehören unsere Kinder! Aber sie gehören auch dem Staat. Helfen wir ihm, unser Kindern Häuser bauen. Dienen wir unsern Kindern mit unsrer Kraft, können als sozialistische Mütter, die aus der Engen häuslichen Welt die Zusammenhänge künftigen Lebens erschaffen.

Wir sind auch die Mütter der Kinder, die keine Mütter haben; dienen wir ihnen im neuen Staat, der nicht wie der alte, mutterlosen Kindern Liebe vorenthalten darf.

Dienen wir aber auch den Müttern, denen die alte Gesellschaft einen Mafel anhängte, den unehelichen. Es ist ein Dienst, den wir Sozialistinnen, immer leisten; aber auch ein Kampf, den wir mit hartherzigen und kleinlichen Mischwestern ausspielen müssen. Das ist nur eine kleiner Teil unseres Dienstes. Herausgegriffen aus dem großen Leben und Weben innerhalb der Nation, die wir träftig gestalten und demokratisch jung erhalten müssen, wir dienenden Frauen.

„Denn durch Dienen allein gelangt sie endlich zum Herrschen“: ja wohl zum Herrschen! Ihr lieben Männer, die ihr das nicht fassen könnten auf einen Heil, such's zu begreifen. Und lasst Euch trösten: Be herrschen wollen wir Euch ja garnicht, wie es die wenigen Einsichtigen (und so waren die meisten Männer)

mit uns getan haben. Wir wollen mit Euch die Gesetze machen, nicht ohne und über Euch.

Aber wir werden beim Aufbau unserer Kultur Gebiete finden, auf denen wir vollkommen leisten können, weil wir eben Frauen sind. Und da werden wir herrschen. Im edelsten Sinne und ohne Herrscherluste, weil es ureigenste Gebiete gibt, wo wir vielleicht Männerrat, aber Frauenvat nötig haben werden.

Es gibt so vieles, was Frauen besser bewältigen werden als Männer, wir werden ganz naturnäher zu „der verdienten Gewalt, die ihr im Hause gehöhrt“, gelangen. Es wäre ein Fehler, Gewenes, von der täglichen Wirklichkeit herrenloses, wenn die Frauen heute nach dem Buchstabem der Geschlechtergleichheit ihre Arbeit in der Daseinsfähigkeit beginnen würden. Arbeitsteilung nach Eignung! Wir haben förmliche Eignung auf tausend Gebiete, weil wir schöpferisch und ergänzend zuspielen können; weil Männerkraft und -geist nicht Vollendung sind, sondern Kraft und Geist von Mann und Frau erst Erfüllung bedeuten.

In diesen Sinne: „Dienen lerne“

Elisabeth Röhl, Mitgli. d. NatL-Berlg.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichskonferenz für Rüstungsarbeiter findet am 18. März in Frankfurt statt. Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Ausrüstung von Heeresgerät? 2. Sozialisierung der Betriebe. 3. Wiederaufbau und Arbeitsbeschaffung. 4. Stellung der Arbeitertäte in den Betrieben.

Ansicht reaktionärer Beamter.
Der Oberpräsident von Brandenburg, Herr v. Loebel, eines der ganz farbigen Erbsleute aus dem wilhelminischen Preußen, geht von seinem Amt. Er hat am Freitag im Provinziallandtag erklärt, daß er binnen kurzem zurücktreten werde. Von den Mitgliedern des Landtages hat er sich bereits verabschiedet.

Wie die „Sozialistische Korrespondent“ schreibt, soll in der nächsten Zeit mit interessanten Verabredungen, besonders auch von höheren Beamten im Reiche zu rechnen sein. Da Preußen ist in dieser Beziehung bereits in hoffnungsvoller Weise der Anfang gemacht worden.

Frankreich teilt die Adressen der Gefangenen nicht mit.
Nach den bestehenden Vereinbarungen ist Frankreich verpflichtet, die Namen der in französischer Hand fallenden deutschen Heeresangehörigen schleunigst nach Deutschland mitzuteilen. Den Kriegsgefangenen selbst muß Gelegenheit gegeben werden, sofort ihren Angehörigen Nachricht zu geben, wo sie sich befinden, und einen regelmäßigen Postverkehr mit ihnen zu führen. Diese Verpflichtungen erfüllt Frankreich nicht. Seit September gefangen deutschen Heeresangehörigen, ungefähr 100 000, sind überhaupt noch nicht gemeldet. In überwältigenden Fällen haben sie einmal schreiben dürfen, daß sie gefangen wären, ohne eine nähere Adresse angeben zu können; dann ist keine Nachricht mehr von Ihnen gekommen. Sehr häufig konnten sie annehmen, bis jetzt auch die einzige Nachricht nicht geben. — Die Angehörigen sind dadurch in begrenzter Angst und sind außerdem der Möglichkeit beraubt, das elende Los ihrer Lieben durch Zuspruch, Geldsendungen und Liebesgaben wenigstens etwas zu verbessern. Möge die öffentliche Meinung der Welt Frankreich endlich dazu zwingen, seine Pflicht gegen die deutschen Kriegsgefangenen zu tun.

Schweiz.

Gegen die Völkerverhetzung. Auf der Berner Bölkerekonferenz wurde die von Prof. Feilbogen (Österreich) begründete Resolution über die Presse angenommen. Es schlägt vor die Schaffung einer internationalen Zentralstelle aus Abgeordneten der einzelnen Parlamente, die die Presse aller Länder im Sinne der Abschwächung des Hassgefühls beeinflussen soll. Das Unnachgiebigkeit soll so bald wie möglich in allen Ländern verstaatlicht werden. Herabwürdigung einer Volksgemeinschaft und das Verbrechen der Völkerverhetzung soll streng bestraft werden. Der Antrag wurde mit 15 gegen 2 Stimmen angenommen.

„Wo ist Fräulein?“ herrsche er Dörthe an. „Sagen Sie mir sofort, wo Fräulein ist.“ Sie schlüpft doch, sagte ich ja schon. Wo anders, als in ihrem Bett?

Mit der Lage der Zimmer bei seiner Freundin genau vertraut, drang Noheschel, jetzt noch durch einen anderen Raum getrennt, stürmisch bis zur Tür vor, die unmittelbar in Dörthes Schlafgemach führte. Er klopfte an, erregt, herrisch, als habe es das Recht, da Eintreten zu verlangen.

Es wurde aber nicht geantwortet, viel weniger noch geöffnet, obschon man es sich drinnen regen und bewegen höre.

So riss Noheschel, immer ausgebrachter durch die Abschwächung die Tür, jetzt einfach auf und traf Irma Borescu, nur mit allzufreudiger Mützenbekleidung, gerade im Begriff, von innen zuzuhören. Gewiß hatte sie den sich steigenden Lärm der Streitens den draußen gehört und war aus dem Bett gesprungen, in das sie auch jetzt behoben wieder zurückfuhr.

Komme dir wohl ungelegen in deinen schönsten Mittagschlafr, Fräulein Borescu?“ rief Noheschel ganz außer sich. „Hast gar keine Zeit mehr, weder im noch außerm Haus, für dein geliebtestes Meister, he?“

Ebenso heftig und rasch, wie er kurz zuvor die Tür aufgerissen hatte, schlug er sie jetzt auch wieder zu und zog innen auch noch die Portiere vor, so daß Dörthe, die dem Wütenden überrascht gefolgt war, nur noch schwach vernahm, was drinnen vorging.

Trotzdem stand ihr fast das Herz still. Dämpfes Stimmend gewirkt, wie ein Ringen klung es, dann — Heiliger Gott!

Ein Grauen überkam Dörthe. Sie ließ, so rasch ihre Füße tragen wollten, durch die Zimmer zurück auf den Korridor. Aus der Küche raffte sie schnell noch ihre Schlüssel und dem Weitertragen an sich, dann stürzte sie aus der Wohnung, die Treppe hinab, zum Hanse hinaus.

23.

Auf der kleinen Altbühne gegenüber der Loge des Bühnenportiers an hinteren Eingang des Opernhauses saßen Herr Lehnhard, der alte Frankfurter und beamtete Zuberius über alle den Bühnenraum hinein, oder wieder herauswollenden, im Gespräch mit Emil Waldag, dem Ur-Berliner.

Beide hatten sich, obgleich der eine so gern norddeutsch, den anderen so gern süddeutsch empfand, dennoch im Laufe des halben Jahres, währenddessen der Pantomimist nun schon dem Frankfurter Theaterpublikum durch schöne Bewegungen auszeichnete miteinander angeredet, was zur Folge hatte, daß Waldag Herrn Lehnhard oft bejubelte. (Applaus folgt.)

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendl.

Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sogleich mußte er mit ihr an die Partie gehen, in die sie sich setzte und so eifrig vertonte, daß sie den Kapellmeister kaum ansah, sondern, gesenkten Blickes auf ihren Klavierauszug, nur hörte, was er zu erinnern hatte. Dann machte sie gleich alles richtig. Weder im guten noch im bösen wurde ihm Gelegenheit, zur rede zu stellen.

In dreiviertel Stunden war die Probe aus. Noheschel, sich nicht einmal Zeit lassend, den Flügel zu schließen, war rasch, wie ein Mädel hinter seiner Bente, so hinter der angebeten Sängerin.

„Irma“, rief er sie schon sehr erregt an, „was ist das mit dir? Mich, das Fräulein Borescu?“ fragte sie lachend. „Bedauer, gar so Zeit, mein Auto warten.“

In der Tat stand schon ein holches vor der Tür. Noheschel befand sich jetzt in gleicher Linie mit der Sängerin.

„Mache mich nicht rasend, Weib,“ raunte er mit heiserer Stimme ihr zu. „Was wollte dein Benehmen gestern, heute —?“

„Ich hab' denkt, 's war halt deutlich.“

„Was vermutest du mit Wiesbaden? 'ne flüchtige Bekanntschaft vom Genfer See?“

„Flüchtige Bekanntschaft? Ich geh zu — ob sie Seidenhösle hat, wirkt schon wissen.“

Und schon saß das Teufelsweib im Auto — klapp! Tür zu — war sie.

In dem Kapellmeister lachte, zischte, schämte es. Kaum war

einem Herrn.

Befremdet hörte Danielsa in der Mittagsstunde ihren Mann in seinem Zimmer unverwüstlichen. Es war das sonst nie seine

Leise kam er und geräuschlos ging er für gewöhnlich.

Da sie ihn zu Hause wußte, ließ sie ihm durch Rosa melden, sei angerichtet, ob er nicht zu Tisch kommen möchte.

Er habe bei Wolf geträumt, lautete sein Bescheid und sei

garlich ohne Appetit.

Wenige Minuten später erschien er aber zu Danielsas Er-

inneren selbst auf der Schwelle zum Esszimmer, mit Ueberzieher,

Wurm und einer kleinen Reisetasche vorsehen, den Hut schon auf Kopf.

„Ich fahre nach Leipzig,“ sagte er, „um einen Tenor dort zu

sehen welche einige Tage nicht hier sein. Adieu.“

